



zukunftsdialog*

WWW.SPDKRAKTION.DE

* Planspieler

Zeitschrift zum Planspiel Zukunftsdialog 2013

Anträge, Änderungen, Abstimmungen – und sehr viel Spaß!

Dieses Jahr fand zum zweiten Mal das Planspiel „Zukunftsdialog“ der SPD-Bundestagsfraktion statt. In den Gebäuden des Deutschen Bundestags in Berlin trafen sich dazu mehr als hundert Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker sowie – erstmalig in diesem Jahr – eine fünfköpfige Zeitungsredaktion. Die Aufgabe des Journalisten-Teams war es, das Planspiel redaktionell zu begleiten, um möglichst realitätsnahe Bedingungen herzustellen.

Das Ergebnis dieser journalistischen Arbeit zum Planspiel ist, neben den Newslettern im Lauf des Planspiels, diese Zeitung, die über interessante Ereignisse rund um das Planspiel und seine Teilnehmerinnen und Teilnehmer informiert. Ein besonderes Anliegen ist es der Planspielredaktion dabei, nicht ausschließlich politische Zusammenhänge zu beleuchten, sondern vielmehr ein lebendiges Bild der unvergesslichen Zeit – auch außerhalb des Reichstages und des Paul-Löbe-Hauses – entstehen zu lassen, als Erinnerung für alle Beteiligten und als Motivation für Zukünftige, denn „Politik kann nicht nur – aber auch – Spaß machen!“, wie es Wolfgang Thierse zu Beginn des Planspiels formulierte.

In diesem Sinne wünsche ich euch viel Spaß beim Lesen!

Für die Redaktion des Planspiels

Chefredakteur Tobias Krauß



Die Planspiel-Redaktion mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin Petra Ernstberger MdB: Jan Tatje, Elena Glombik, Petra Ernstberger, Tobias Krauß, Sophie Hannah Kiderlin und Daniel Roy (v.l.n.r.)

Bildnachweis/Fotos: Patryk Witt; Elena Glombik (S. 10)

Porträt

Florian Schuster im Blickpunkt

Von Tobias Krauß



„Wie einst Peter Struck!“, mit diesen Worten lobte Petra Ernstberger, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagfraktion, in ihrer abschließenden Rede nach vier Tagen Planspiel Florian Schuster, den Vorsitzenden der Planspielfraktion.

Doch der Reihe nach: Bereits auf der Zugfahrt zum Planspiel lernte ich den späteren Fraktionsvorsitzenden als aufstrebenden Jungpolitiker kennen, der auch in einem gefüllten ICE in der Lage ist, konzentriert politische Ideen zu entwickeln. Bereits seiner Bewerbung „um eine besondere Rolle im

Planspiel Zukunftsdialog 2013“ war zu entnehmen, dass der 19-jährige angehende Student der Politik- und Wirtschaftswissenschaften alles andere als ein Neuling in Sachen Politik und insbesondere Demokratie ist. Seit seinem Eintritt in die SPD im Februar 2012 ist er Vorstandsmitglied des Ortsvereins Siegen – seine Heimat- und Studienstadt –, der Juso-AG Siegen und des Juso-Unterbezirks Siegen-Wittgenstein. Als Leiter des Projekts „Wir für Siegen!“ – ein Bürgerdialog der SPD anlässlich der Kommunalwahl 2014 – war es für ihn daher keine Frage, Mitglied der Arbeitsgruppe „Demokratie“ der Planspielfraktion werden zu wollen. Als es dann endlich so weit war und die Planspielfraktion zur ihrer konstituierenden Fraktionssitzung im Otto-Wels-Saal der „echten“ SPD-Bundestagsfraktion zusammentrat, stand nach der Bestimmung der Wahlleiter die Wahl der Fraktionsvorsitzenden an. Zu den 13 schriftlichen Bewerbungen im Vorhinein kamen einige spontane Bewerbungen hinzu, sodass ein breites Kandidatenfeld die Gelegenheit bekam, eine dreiminütige Rede vor der Fraktion des Planspiels zu halten, um die jungen Abgeordneten von den eigenen Qualitäten zu überzeugen. Das Spektrum dieser Reden war breit gefächert, doch Florian Schusters schlichte aber markante Rede muss den besten Eindruck hinterlassen haben. Er wurde mit überwältigender Mehrheit zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

In Zusammenarbeit mit seinen Stellvertreterinnen und Stellvertretern war es von diesem Zeitpunkt an vor allem seine Aufgabe, die Planspielfraktion innerhalb der kommenden drei Tage zu leiten. Neben dem umfangreichen und stets interessanten Programm übernahm er deshalb – einem „echten“ Fraktionsvorsitzenden gleich und über seine Aufgaben als Mitglied der Arbeitsgruppe „Demokratie“ hinaus: die terminliche und inhaltliche Koordinierung der Beratungen, die Planung der Weiterleitung der Anträge zur Mitberatung sowie die Organisation der Fraktionssitzungen.



Insbesondere die letzte Fraktionssitzung der Planspielfraktion forderte die Fähigkeiten des Fraktionsvorsitzenden enorm, da die Anträge aller sechs Arbeitsgruppen in der gesamten Fraktion diskutiert und beschlossen werden mussten. Außerdem bestand die Möglichkeit, auch in dieser Sitzung Änderungsanträge zur Abstimmung vorzuschlagen, sodass Florian Schuster sein organisatorisches Können unter Beweis stellen konnte. Auch hitzige Diskussionen moderierte er sachlich und präzise, ohne von konstruktiver Diskussion abzuschweifen und den bestehenden engen Zeitrahmen aus den Augen zu verlieren. So war es der Planspielfraktion unter seiner Leitung möglich, alle Anträge inklusive zahlreicher Änderungen zu beschließen und als Impuls für die Arbeit der realen SPD-Bundestagsfraktion festzuhalten.

Die „sehr guten Ergebnisse“, die er zu Beginn des Planspiels versprochen hatte, konnten somit zweifelsohne erreicht werden, sodass der Fraktionsvorsitzende das Planspiel in „wehmütiger Begeisterung“ verlassen hat.

Analyse

Die Gefahr des Internets

Von Daniel Roy

Der Einsatz des modernen Mediums Internet wird immer wichtiger. Die Welt wächst zusammen. Facebook, Twitter und Co. geben Menschen die Möglichkeit, sich jederzeit und überall mit allen Menschen auszutauschen und ihre Meinung kundzutun. Mit jedem abgesendeten Tweet besteht aber auch die Gefahr, einen Shitstorm auszulösen. Dazwischen bewegt man sich auf einem schmalen Grad, zwischen Innovation und Lächerlichkeit.

Fast alle Politiker haben heutzutage einen perfekt betreuten Account bei allen sozialen Medien, einen tollen Internetauftritt und einen faktischen Beobachter bei „abgeordnetenwatch“. Ein moderner Politiker muss immer im Mittelpunkt stehen, um Wähler zu informieren und diese an sich zu binden. Zum Beruf eines Politikers gehört es, sich medial gut darzustellen. Das Internet ist eines der geeignetsten Werkzeuge dafür.

Die Nachwuchsgeneration wächst mit solchen Medien auf. Für sie ist es selbstverständlich, im Internet präsent zu sein. Doch ist es nicht leicht übertrieben, im Internet überall mit „Jungpolitiker“ zu unterschreiben und zeitgleich sechs Blogs nebst Facebook und Twitter zu betreuen und außerdem noch ständig Umfragen zu starten und Parteigenossen als „Konkurrenz“ zu bezeichnen?

Politiker ist kein Vollzeitberuf, sondern ein Hobby, das man aus Leidenschaft und nicht aus Machtlust praktizieren sollte. Wer im jungen Alter in die Politik möchte, sollte in vielen Instanzen Erfahrungen sammeln und Netzwerke aufbauen. Dazu gehört aber nicht zwangsläufig ein Internetauftritt, der besser ist als der von Peer Steinbrück. Das trifft aber auf einige Planspielteilnehmer zu. Beiträge bei Facebook können lustig und informativ sein, sollten aber grundsätzlich nie jemanden bloßstellen. Smartphones sind heutzutage allgegenwärtig im Straßenbild. In einer Gemeinschaft, als die eine Fraktion auftreten sollte, um nicht

unnötig viele Wähler zu verlieren, gehört es zum guten Ton, andere Menschen koexistieren zu lassen und nicht jede Impression festzuhalten und hochzuladen.

AG Arbeit und Soziales

Zurück zu den Wurzeln – Soziale Gerechtigkeit in der Arbeitswelt

Von Jan Tatje

Die Planspiel-Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ kam zum ersten Mal am zweiten Tag des Planspiels im Deutschen Bundestag zusammen und erarbeitete dabei ihren Antrag zur Reform von prekären Beschäftigungsverhältnissen. Geleitet wurde die insgesamt 25 Mitglieder starke AG von der Vorsitzenden Melek Aslan sowie deren Stellvertreter Viktor Baumann.

Die im Voraus auf der Internetplattform Adhocracy eingereichten Anträge und die spontan auf die Agenda gekommenen Fragen umfassten aktuell diskutierte Themen wie gesetzlicher Mindestlohn, die Aufstockung der Hartz-IV-Sätze sowie die Qualität von Ausbildung und Studium. Nach ausführlichen Diskussionen in Kleingruppen, wiederkehrenden Abstimmungen und unzähligen Änderungen wurden die folgenden Themen in den vorläufigen Antrag aufgenommen:

- Leiharbeit: Aufgrund der deutlich höheren Flexibilität gegenüber anderen Arbeitnehmern sollen Leih- bzw. Zeitarbeiter fünf Prozent mehr Lohn erhalten.
- Minijobs: Arbeitgeber sollen zukünftig die steuerlichen Vergünstigungen der Minijobs nur erhalten, falls sie mit Hilfe eines Studiums-, Schul- oder Rentennachweises die Bedürftigkeit nachweisen können.

- Befristete Arbeitsverträge: Die Verlängerungsmöglichkeiten dieser speziellen Vertragsform sollen von aktuell drei- auf nur noch einmal herabgesetzt werden.
- Praktikum: Hier sollen die Job-Center einen Leitfaden zum Thema erhalten und weiterhin eine Registerdatei von Unternehmen führen, um einem Missbrauch des Instrumentes „Praktikum“ seitens der Arbeitgeber vorzubeugen. Weiterhin sollen Praktika ab einer Länge von mindestens zwei Wochen entsprechend des branchenüblichen Tarifvertrages entlohnt werden.
- Steigerung der Reallöhne: Unternehmen werden per Gesetz dazu verpflichtet, die Löhne ihrer Beschäftigten an die Inflation zu koppeln. Hierdurch soll eine Abnahme der Kaufkraft durch ein Sinken der Reallöhne verhindert werden.

Am zweiten Tag debattierte die AG „Arbeit und Soziales“ schließlich über die Anträge, die ihr zur Mitberatung vorgelegt wurden. Der Antrag der AG „Familien, Senioren, Frauen und Jugend“ wurde vollständig abgelehnt, unter anderem wegen mangelnder Zukunftsperspektiven. Das Papier aus der AG Bildung wurde angenommen, jedoch entbrannte hier eine breite Diskussion über diverse Aspekte des Antrags. Letztendlich wurden Änderungen in den Punkten Nachhilfeangebote für Schüler sowie Konzepte der Einheitsschule vorgenommen.

In der finalen Fassung des Antrages der AG „Arbeit und Soziales“, der am letzten Tag des Planspiels der echten Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion vorgestellt wurde, befanden sich die folgenden Forderungen: Leih- bzw. Zeitarbeit sollen einge-

schränkt werden, jedoch bleiben sie als Instrumente erhalten. Die Möglichkeit zur Verlängerung von befristeten Arbeitsverträgen soll von maximal dreimal auf einmal herabgesetzt werden. Das angedachte Lohnplus von fünf Prozent für Leiharbeiter aufgrund einer höheren Flexibilität wird nun nicht mehr gefordert. Die steuerlichen Vorteile für Unternehmen dürfen kein Kriterium sein, bevorzugt Mini-jobber einzustellen. In Zukunft wird hier ein „Bedürftigkeitsnachweis“ in Form einer Schul-, Studium- oder Rentenbescheinigung verlangt. Weiterhin sollen die Arbeitsagenturen einen Leitfaden zum Thema Praktikum erhalten, Praktikanten sollen ab einer Dauer von mehr als vier Wochen tarifüblich bezahlt werden. Das „Praktikumsregister“, eine Bewertungsplattform für Praktikumsplätze, wurde aus dem Antrag entfernt. Ebenso wurde die Kopplung der Löhne an die Inflationsrate aus dem Antrag herausgenommen.



Die Planspiel-AG Arbeit und Soziales während ihrer AG-Sitzung

In der abschließenden Fraktionssitzung wurde der Antrag mit großer Mehrheit verabschiedet, jedoch wurde als weiterer Punkt ein flächendeckender Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro in den Antrag aufgenommen.

AG Integration

Hitzige Diskussionen mit befriedigendem Ergebnis: die AG Integration

Von Sophie Hannah Kiderlin

Ideen über Ideen, Diskussionsthemen über Diskussionsthemen und jedes AG-Mitglied mit einer eigenen Meinung: Dabei auf einen Nenner zu kommen war gar nicht so einfach in der AG Integration. Schon das Finden eines Schwerpunktes für den Antrag nahm den Großteil des Sonntages in Beschlag. Galt es doch zunächst grundsätzliche Fragen zu klären wie „Wen wollen wir integrieren?“. Anschließend wurden von den AG-Mitgliedern Ideen in den Raum geworfen, diese wurden dann heftig diskutiert, um gleich von der nächsten Idee abgelöst zu werden.

Nach dieser heißen Anfangsphase hatten die Mitglieder der AG außerdem die Chance in einer Gesprächsrunde über ihre persönlichen Erfahrungen mit Integration zu berichten und Ideen für Anträge einzubringen. Aus den gesammelten Vorschlägen entstanden unter Leitung des AG-Sprechers Philip Beck und seinem Stellvertreter Sebastian Lesnak drei Oberthemen: „Zukunftsorientierte Bildung“, „Akzeptanz und Chancengleichheit“ sowie „Aufklärung beider Fronten“. Diese Themen wurden gebündelt, da die AG feststellte, dass Integration nur breit angelegt gefördert werden könne, beispielsweise durch mehr Dialog, durch bessere Kenntnisse von Religion und Kultur der jeweils anderen Seite oder anonyme Bewerbungen. Die Themen wurden in Kleingruppen genauer besprochen und aus den erarbeiteten Vorschlägen entstand dann die erste Version des Antrages, der pünktlich zum Sitzungsschluss am Sonntagabend fertig war.

Intensiv wurden am nächsten Morgen die Anträge der Arbeitsgruppen „Demokratie“ und „Arbeit und Soziales“ diskutiert und mitberaten. Später am Tag debattierte die AG die Änderungsvorschläge der anderen Arbeitsgruppen und verfeinerte ihren Antrag.

Im finalen Papier fordert die AG Integration, Bewer-

bungen zu anonymisieren, also ohne Foto und Personaldaten abzuschicken, Leistungsbewertung im Bildungssystem für Sprachneulinge individuell anzupassen und eine neue Strukturierung des Religions- und Ethikunterrichts um Vorurteilen, welche auf Unwissenheit basieren, vorzubeugen. Des Weiteren fordert der Antrag den zeitnahen Ausbau von Kita-Plätzen, um dann den Besuch einer Kita verpflichtend zu gestalten. Der endgültige Antrag wurde am nächsten Morgen in der „echten“ Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion vorgestellt. Hier fand er größtenteils Zustimmung seitens der Abgeordneten, jedoch wurde auch kritisch gefragt wie es mit der Finanzierbarkeit aussehe.



Mitglieder der Planspiel-AG Bildung und Forschung und der AG Integration während der Präsentation ihrer Anträge in der SPD-Bundestagsfraktion

Insgesamt war die Gruppe sehr diskussionsfreudig, aber auch sehr demokratisch und schließlich auch zielorientiert, wenn es um die Verhandlung der Themen für den Antrag ging. So sagte Philip Beck, Sprecher AG: „Die Stimmung war sehr angenehm. Die Arbeitsweise war teilweise sehr anstrengend, doch die Ergebnisse sind derart überragend gewesen, dass jeder aus der AG annähernd zufrieden mit den geforderten Punkten war. Natürlich gab es auch einige kontroverse Punkte, welche jedoch

schnell und demokratisch geregelt wurden. Alles in allem sind die Ergebnisse recht realistisch. Die Finanzierbarkeit würde jedoch eine erneute, genauere Auseinandersetzung mit den einzelnen Punkten erfordern. Aber ich bin zufrieden mit dem was wir in dieser Zeit geschafft haben und stolz darauf, Teil dieser produktiven und meiner Meinung nach der besten AG gewesen sein zu dürfen.“

AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Betreuungsgeld bestärkt altmodisches Frauenbild

Von Daniel Roy

Die Arbeitsgruppe „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ hat während des Planspiels einen Antrag zur Thematik „Vereinbarkeit von Frauen und Beruf stärken“ erarbeitet. Unter der Führung der bereits zuvor mit großer Mehrheit gewählten Sprecherin Ramiya Younes und ihrem Stellvertreter Aykut Aggöl wurde ein acht Punkte-Plan entwickelt. Im Vordergrund stand dabei die Abschaffung des Betreuungsgeldes, da dies ein altmodisches Frauenbild bestärke und leicht missbraucht werden könne. Außerdem sollen Ganztagschulen mit Hilfe von zweckgebundenen Bundesmitteln ausgebaut werden, um Kinder schneller sozialisieren und individuell fördern zu können. Eltern sollen außerdem die Gelegenheit haben, ihre Stelle bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres ihres Kindes in eine Teilzeitbeschäftigung umwandeln zu können. Bis zum 14. Lebensjahr muss dann die Aussicht bestehen, diese wieder in das ursprüngliche Beschäftigungsverhältnis umzukehren.

Ferner soll der Arbeitgeber verpflichtet werden, dem Betriebsrat die Stundenlöhne aller nicht tarifgebundener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offenzulegen. So soll sichergestellt werden, dass Frauen nicht schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen. Ein weiterer Punkt war die Verlängerung der Elternzeit. Dieser wurde auf der abschließenden Frak-

tionssitzung allerdings von den anderen Arbeitsgruppen abgelehnt. Der Antrag fordert außerdem einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung nach der Elternzeit, um Mütter und Väter besser in den Beruf wieder eingliedern zu können.



Die Planspiel AG FSFJ bei der Erarbeitung ihres Antrags

Des Weiteren soll aus den freigewordenen Mitteln des Betreuungsgeldes der Ausbau von Kitas und Betriebskindergärten vorangetrieben werden. Der letzte Aspekt betrifft die Verbesserung von Beschäftigungsverhältnissen für Erzieherinnen und Erzieher, um den Beruf wieder attraktiv zu machen. Der Antrag wurde von den anderen Arbeitsgruppen in der letzten Fraktionsitzung mit großer Mehrheit angenommen.

Kolumne

Warum sollten sich junge Leute für Politik interessieren?

Von Jan Tatje

Junge Leute, so wie wir welche sind, bilden die Basis der Gesellschaft sowie die Zuversicht der Älteren. Das Wort Politik nutzen wir oft im negativen Sinn, selten im positiven. Viele Jugendliche sind politisch passiv: Während der Landtagswahlen haben sehr viele meiner Mitschüler ihre politische Meinungen geäußert, allerdings waren sie nicht bereit, sich dafür auch zu engagieren. Deshalb komme ich immer mehr zu der Ansicht, dass die Mehrheit der heutigen Jugendlichen nicht politische Analphabeten sind, aber zumindest politische Pessimisten.

Politischer Pessimismus oder der Glaube, trotz Wahlen einfach nichts bewegen zu können, herrscht in vielen Ländern vor und ist sicherlich einer der Gründe, warum viele Menschen überhaupt nicht wählen gehen. Obwohl junge Menschen nicht die Mehrheit der Wählerschaft bilden und es aufgrund des Geburtenrückganges immer weniger von uns geben wird, bilden wir doch einen wichtigen Teil der Wählerschaft einiger Parteien. Politik betrifft jeden Menschen, weil Politik überall ist, ob wir es nun wollen oder nicht. Das betrifft die Schule, die Eltern – Politik findet sich in fast allen Lebensbereichen wieder.

Der Großteil der heutigen Jugend muss sich bewusst sein, dass verantwortlich „Heranreifen“ auch Verantwortung für unseren Staat mit sich bringt. Es muss noch nicht einmal direkt die Politik sein, auch während der Arbeit oder in der Schule gibt es vielfältige Möglichkeiten sich einzubringen und mitzuwirken. Diese „staatstragende“ Verantwortung übernehmen die Jugendlichen automatisch. Aber

der Grundgedanke an sich ist durchaus wichtig, damit Personen von Anfang an an politische Aktivität herangeführt werden können.

Es muss nicht das Engagement direkt in der Politik sein, auch durch Wahlen haben wir Anteil an unserer Politik, denn die Politiker sind unsere gewählten Vertreter. So steht es in der Verfassung, schwarz auf weiß. Das ist der Grund, warum sich die jungen Leute für Politik interessieren sollten.

Um zum Abschluss zu kommen: Diese vier Tage des Planspiels haben mir deutlich gezeigt, dass die jetzige Generation gar nicht komplett politikverdrossen und unengagiert sein kann, wie gerne behauptet wird. 140 junge Menschen, konstruktive Diskussionen und Arbeit, viele spannende Diskussionen auf sachlicher Ebene und wahrscheinlich 140 verschiedene Meinungen später würde ich sagen: Vielen Dank und „Faith in Germany restored“

Interview

Der Wunsch, die Welt zu verändern

Heike und Luise gehörten zu den jüngsten Planspiel-Teilnehmerinnen 2013. Sie sind beide 15 Jahre alt, zwei Nachwuchspolitikerinnen mit besonderen Eigenheiten, die unterschiedlich auftreten und uns aufgefallen sind. Luise bewarb sich mit einem Gedicht und einem Prosatext über verklemmte Politiker für das Planspiel und beschreibt sich selbst als Freigeist. Heike diskutiert wie eine „echte Politikerin“ und beendete ihre Bewerbung für den Fraktionsvorsitz mit geballter Faust und der Parole: „Nicht vergessen, Heike wählen.“ Im Interview diskutieren die beiden mit der Planspiel-Redakteurin Elena Glombik unter anderem über das NPD-Verbot und teilen ihre Begeisterung für Politik.

Elena Glombik: Ihr beide seid erst 15 Jahre alt, politisch aktiv und blond. Welches Adjektiv würdet ihr noch hinzufügen?

Luise: kreativ

Heike: weiblich

Hat man so jung wirklich schon Lust auf Politik?

Heike: Ich war mit zwölf Jahren schon politisch interessiert. Meine ganze Familie ist in der SPD. Als ich das erste Mal bei den Jusos war, war ich mehr als glücklich – ich wollte da nie wieder weg. Es kommt gar nicht darauf an, wie jung man ist. Die Hauptsache ist, dass man sich engagiert.

Was begeistert euch an Politik?

Luise: Ich habe das Gefühl, die Welt ein bisschen verändern zu können.

Heike: Die Welt verändern? Ich kann mir zumindest wünschen, die Welt zu verändern. Ich möchte, dass es der Generation nach mir besser geht.

Heike, du hast offen zugegeben – dich nervt die Agenda 2010. Rot-Grün senkte damals Steuern, lockerte den Arbeitsmarkt auf und verschärfte mit Hartz IV den Anreiz zur Arbeitsuche. Ohne die damaligen Reformen würden wir wahrscheinlich viel tiefer in der Wirtschaftskrise stecken. Oder?

Heike: Als die Agenda beschlossen wurde, war ich sieben Jahre alt. Natürlich habe ich damals davon nicht viel mitbekommen, außer dass Gerhard Schröder mit dem „Steuersong“ verarscht wurde (lacht). Aber mittlerweile weiß ich, dass es die unsozialste Sache war, die die SPD zu meinen Lebzeiten zustande gebracht hat. Die Agenda 2010 ist genau das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit. Aber genau das fordert die SPD. Die Agenda stuft Menschen herab. Wenn du Hartz IV bekommst, bist du in der Gesellschaft nicht mehr anerkannt. Ich denke, dass viele Leute aus Angst, bedürftig zu werden, lieber irgendeinen Mini-Job annehmen. Selbst, wenn dieser viel schlechter bezahlt wird als Hartz IV.

Luise: Ich kann da leider nichts zu sagen.

Anderes Thema: Was haltet ihr von einem NPD-Verbot?

Luise: Ich bin gegen ein NPD-Verbot. Wenn man die NPD verbietet, werden sich immer neue Untergrundorganisationen gründen, und die rechte Szene wird noch militanter. Aber wenn man sie noch in der Politik hält, kann man die Partei noch kontrollieren und etwas lenken.

Heike: Die Argumentation mit den Untergrundorganisationen ist Quatsch. Ich denke, dass es viel schwieriger für die NPD wird, sich im Untergrund zu organisieren, anstatt im Fokus der Gesellschaft als Partei zu stehen. Wenn es ein NPD-Verbot gibt, müssen wir schnell handeln und noch mehr gegen Rechtsextremismus kämpfen, um unseren Vorteil als Partei auszunutzen.

Wer mit 15 nicht links ist, hat kein Herz. Wer mit 40 immer noch links ist, hat keinen Verstand.

Luise: Ich finde es schon super, mit 15 Jahren ein politisches Ziel zu verfolgen und links zu sein.

Heike: Ach, der Spruch! (lächelt) Das bezieht sich auf diese pseudo-revolutionären Jusos, die sich irgendwie engagieren, aber meistens mit 30 schon eingekickt sind, eine Familie haben und sowieso alle konservativ werden.

Glaubt ihr, ihr werdet auch so?

Heike: Ich werde versuchen, der Partei treu zu bleiben. Ich gehöre zum linken Flügel der SPD und werde dabei bleiben. Es gibt hier auch Alt-Linke mit 85, die haben mit Sicherheit viel Verstand. Aber ich vermute, dass ich mit 30 auch nicht mehr auf die Straße gehen werde.

Luise: Meinst du jetzt, dass man in der Antifa aktiv sein sollte?



Heike Hofmann und Luise Schulz im Gespräch mit der Planspieler-Redakteurin Elena Glombik.

Ich habe jemanden im Rahmen des Planspiels sagen hören: „Linksextremismus sei genauso schlimm wie Rechtsextremismus.“

Luise: Es gibt beispielsweise Aussteigerprogramme sowohl für Linksextremisten als auch für Rechtsextremisten. Ich bin der Meinung, dass man keiner politischen Strömung zu aggressiv folgen sollte.

Heike: (verdreht die Augen) Ach, die Extremismusklausel.

Also sollte man keine Steine werfen?

Luise: Ich bin dafür, sich kreativ auszudrücken und dadurch viel zu erreichen. Man kann mit guten politischen Reden Leute auch verbal schlagen.

Heike: (lacht) Nein, keine Steine werfen, aber auf die Straße gehen und „pöbeln“.

Luise: Ich finde, man sollte immer eine gewisse Distanz halten. Auf keinen Fall sollte man sich auf das Niveau der Nazis begeben und pöbeln.

Heike: Es kommt auf die Situation an. Auf einer Podiumsdiskussion mit einem NPD-Funktionär drücke ich mich anders aus als in einer gelösten Atmosphäre auf einer Demo.

Wie lautet das Fazit zum Planspiel von unseren jüngsten Nachwuchspolitikerinnen?

Luise: Ich nehme viel politische Erfahrung mit.

Heike: Ich sehe das Ganze ziemlich kritisch. Ich hätte es mir insgesamt lockerer vorgestellt. Wir waren alle ein bisschen eingeeengt und mussten außerdem unter Zeitdruck arbeiten. Aber so habe ich auch gemerkt, dass der Beruf eines Abgeordneten verdammt hart und wirklich anstrengend ist. Ich saß auch schon in neunstündigen Sitzungen, aber was mich wirklich ermüdet hat, waren die Formalien, die geklärt werden mussten.

Luise: Wir wollten uns doch beweisen und vor der echten Fraktion bestehen. Deswegen musste es so streng sein.

Elena Glombik: Vielen Dank für das Gespräch, Heike und Luise, und viel Glück für eure Zukunft.

AG Strategien gegen Rechtsextremismus

Kampf für mehr Toleranz

Von Elena Glombik

In den vier Tagen des Planspiels hat die AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“ einen Antrag entwickelt, der in der Fraktion kontrovers diskutiert worden ist. Gibt es sie, die richtigen Rezepte gegen Rechtsextremismus? Kommt das Richtige dabei raus, wenn man Aufklärung und ein wenig Forschung in einen Topf wirft? Einige Planspiel-Abgeordnete hatten bei der abschließenden Fraktionssitzung kein Verständnis für den Antrag der AG. Wer sich allerdings länger mit der Thematik „Rechtsextremismus“ auseinandersetzt, merkt, dass die Argumente der AG nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern Hintergrund haben. Charakteristisch für die Gruppe war, dass sie sich für mehr Toleranz einsetzte und sich nicht mit möglichen Ausgrenzungsstrategien gegen Rechts befassete.



Die Planspiel-AG Strategien gegen Rechtsextremismus bei der Arbeit

Die AG war der Meinung, dass Aufklärung eine wirkungsvolle und nachhaltige Strategie sei. Die Arbeit solle von den Landeszentralen für politische Bildung in jedem Bundesland übernommen werden, wie in dem Antrag verlangt wird. Auch finanzielle Mittel für den kulturellen und integrativen Austausch und für Ausstiegsprojekte aus der rechten Szene sollen den Bildungszentralen zur

Verfügung stehen. Zudem war ein wichtiger Punkt im Antrag der AG, in der Kultusministerkonferenz auf Änderungen des Lehrplans hinzuwirken. Schon ab der fünften Klasse solle über Faschismus aufgeklärt werden. Zur Ursachenforschung von Rechtsextremismus soll eine Studie an diversen Universitäten Deutschlands in Auftrag gegeben werden. Die „richtige“ AG der SPD-Bundestagsfraktion fand, dass die Planspieler in kurzer Zeit einen „lebensnahen“ Antrag erstellt haben, der mitten in das Herz der Gesellschaft treffe.

AG Demokratie

Demokratie in Deutschland stärken, Partizipation fördern

Von Tobias Krauß

Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland steht vor stetig wachsenden Herausforderungen. Die Wahlbeteiligung nimmt auf allen Ebenen kontinuierlich ab. Das schwindende Interesse der Bürgerinnen und Bürger an „ihrer“ Demokratie muss daher erneut geweckt werden, um eine ausreichende Legitimation politischer Entscheidungen – durch aktiv partizipierende und mündige Bürger – auch in Zukunft erzielen zu können.

Vor dem Hintergrund dieser Problemstellung trat die Arbeitsgruppe „Demokratie“ der Planspielfraktion zusammen. Zunächst wurden – urdemokratisch – Leo Dammer zum Leiter der Arbeitsgruppe und Christopher Weinert zum stellvertretenden Sprecher gewählt.

Bereits im Zuge der Themenfindung wurden wichtige gesellschaftliche und politische Herausforderungen – von Jugendparlamenten und Demokratietransparenz, über Volksentscheide und politische Praktika hin zu digitaler Demokratie – angesprochen. Stets im Zentrum der Diskussionen stand dabei vor allem die Partizipation Jugend-

licher, die gemeinschaftlich als „stark verbesserungswürdig“ eingestuft wurde. Die Arbeitsgruppe einigte sich bereits früh auf Maßnahmen, die dem abnehmenden Interesse Jugendlicher an Politik entgegenwirken sollen. Insbesondere müsse die Kommunikation zwischen Politik und Jugend intensiver gestaltet werden, hieß es aus der AG. Zu diesem Zweck wurde beschlossen, einige parteiunabhängige Initiativen vorzuschlagen, die Jugendliche ansprechend über Politik, Demokratie und den damit verbundenen großen Chancen informieren sollen. Begleitend hielt die Arbeitsgruppe ein verpflichtendes Schulfach, das sich schwerpunktmäßig mit Demokratie beschäftigt, für sinnvoll.



Die Planspiel AG Demokratie zu Gast in der AG Inneres der SPD-Bundestagsfraktion

Die Thematisierung von Demokratie im schulischen Alltag der angehenden Wähler solle, so ein Mitglied der Arbeitsgruppe, eine Herabsetzung des Wahlalters auf allen Ebenen ermöglichen. Ergänzend einigte sich die Gruppe auf den Vorschlag, von staatlich geförderten Filmproduktionen einen kurzen „Informationstrailer über die Bedeutung der Demokratie“ zu zeigen, um Jugendliche außerhalb der Schulzeit für Demokratie zu begeistern. Um den letzten Schritt zur Integrierung der Demokratie in den Alltag junger Bürgerinnen und Bürger zu vollziehen, einigte sich die Arbeitsgruppe, dass alle Jugendlichen einen Anspruch auf einen Praktikumsplatz in einer politischen Einrich-

tung haben sollten. Es soll außerdem ein parteiunabhängiger, motivierender Brief über die Gestaltungsmöglichkeiten der Demokratie an Erstwählerinnen und Erstwähler versendet werden, um auf Bundesebene mehr Möglichkeiten der direkten Partizipation etwa durch Volksentscheide zu schaffen. Der Umstand, dass die Fraktion in ihrer abschließenden Sitzung den Antrag vollständig angenommen hat, verdeutlicht die Wichtigkeit des Themas „Demokratie“ für Staat und Gesellschaft sowie die Bereitschaft zur damit verbundenen Partizipation.

AG Bildung und Forschung

Mit Haaren auf den Zähnen für Bildung kämpfen

Von Elena Glombik

Bereits während der ersten Sitzung der AG „Bildung und Forschung“ war klar zu spüren: Hier sitzen Nachwuchspolitikerinnen und -politiker deren „Bildungstraum“ schon lange geplatzt ist. Ob Elite-Abi in Bayern oder Privatschul-Problematik – alle AGler sind vom Thema Bildung direkt betroffen und wollten etwas ändern. Das Kollektiv zog gemeinsam in den Kampf gegen Bildungsarmut. Geleitet von Till Ferber, steuerte die AG ihren Themenschwerpunkt „Chancengleichheit“ an. Die Gruppe war sich einig, dass Herkunft und sozialer Status des Einzelnen im Bildungssystem keine Rolle spielen darf. Deswegen setzten sie sich in ihrem Antrag für eine umfassende Lernmittelfreiheit, eine Bafög-Erhöhung und die Streichung von Studiengebühren in allen Bundesländern ein. „Und wie soll das finanziell realisiert werden?“, fragten einige Planspiel-Abgeordnete. Der AG war es wichtig, nachhaltig in die Jugend zu investieren. Bildung und Wissen seien Ressourcen der Zukunft, hier dürfe nicht gespart werden, heißt es in dem Antrag. Eine mögliche Finanzierung „dieser Zukunft“ könne eine

Steuerreform sein. In ihrem Antrag forderte die AG zudem die Förderung von Fremdsprachen und sozialen Kompetenzen bereits im Grundschulalter. Hier gab es Debatten darüber, ob die Anforderungen für die Schüler nicht etwas zu groß seien. Trotzdem entschloss sich die AG aber dafür, da vor allem Kinder im Vorschulalter in der Lage sind, schnell fremde Sprachen zu erlernen. „Bildung ist Menschenrecht“ – dafür kämpfte die AG.



Der Antrag der Planspiel AG Bildung und Forschung wurde zum Teil kontrovers mit der SPD-Bundestagsfraktion diskutiert.

Die AG überstand die abschließende Fraktions Sitzung, in der sie manch einen Kritiker in den Boden argumentierten. Nun bleibt nur zu hoffen, dass der „Bildungstraum“ nicht ein zweites Mal platzt.

Kommentar

Das Feuer der Empörung

Von Elena Glombik

Es passiert nicht oft, dass 140 Jugendliche sich begegnen, um gemeinsam Politik zu gestalten. Und es passiert noch viel seltener, dass jeder Einzelne dieser Jugendlichen bis in die Haarspitzen motiviert ist. Politikverdrossenheit der Jugend? Fehlanzeige. „Jung, kulturell und politisch aktiv“ – so könnte man den Haufen der 15- bis 20-jährigen beschreiben, die beim Planspiel „Zukunftsdialog“ mitgemacht haben. Für wenige Planspieler würden die Attribute „uneinsichtig“ oder auch „angepasst“ zutreffen. Doch es gab sie. In einigen Gesprächen konnte man nicht recht unterscheiden, ob man mit einem 20-jährigen frischen Sozialdemokraten sprach oder doch eher mit einem unzufriedenen Altpolitiker, der desillusioniert nicht mehr wirklich große Hoffnung auf Veränderungen hat. Und bei manchem Jugendlichen schien das Recht auf freie Meinungsäußerung an seine Grenzen zu stoßen, als jemand eine andere Ansicht vertrat als er selbst. Na klar ist es wichtig, an seinem eigenem Standpunkt festzuhalten, aber man sollte auch über den Tellerrand hinaus schauen können. Die Totschlagantwort auf politische Ideen kann und darf nicht immer „das ist nicht realisierbar“ heißen. Sollte nicht gerade die Jugend mehr fordern, als sie erreichen kann? Wenn diese sich nicht aus ganzem Herzen empören kann, wer dann? Ich wünsche allen Planspielerinnen und Planspielern, dass sie an ihren Idealen festhalten und ihre politischen Ziele immer hoch, eben auch mal etwas zu hoch stecken. Damit das Feuer der Empörung, welches ich während des Planspiels erleben durfte, nicht aufhört zu brennen.

Reportage

SPD Planspiel Zukunftsdialog 2013 – Eine rein politische Veranstaltung?

Was außerhalb des Paul-Löbe-Hauses so passierte

Von Sophie Hannah Kiderlin

Samstagabend, der erste Tag des Planspiels 2013 neigt sich dem Ende zu. Alle sind, wenn zum Teil auch mit großer Verspätung, gut angekommen. Die ersten Sitzungen sind geschafft, außerdem auch die Stadtrundfahrt. Alle Teilnehmer sitzen gemütlich im Zollpackhof zusammen, lernen sich kennen, diskutieren bereits politische Inhalte. Eine Gruppe von knapp einem Dutzend Jungen diskutiert besonders intensiv. Ihr Thema? Die Frauenquote.

Dies war nur eines von vielen intensiv und ständig diskutierten Themen in diesen Tagen. Egal, ob Agenda 2010, Strömungen bei den Jusos, NPD-Verbot oder eben die Frauenquote – von früh bis spät wurde diskutiert. Immer neue Leute brachten immer neue Argumente in die Diskussionen ein, wodurch keine Debatte je zum Stehen kam. Man sollte meinen, dass alle nach den mehrstündigen AG-Sitzungen für den Tag genug von Politik hatten, aber das Gegenteil war der Fall. Manche starteten abends erst so richtig mit den Diskussionen, und sobald man morgens aufwachte, hörte man schon die nächste. Auf einmal verbrachte man Zeit mit anderen politisch Interessierten aus ganz Deutschland und konnte auf Augenhöhe diskutieren – eine Sache die zu Hause unter den Freunden oft nicht möglich ist. Doch nicht nur politische Inhalte wurden diskutiert, sondern auch das Planspiel selbst und ob die Anträge denn wirklich ernst genommen werden. „Sehr oft wurde darüber diskutiert, ob die SPD-Bundestagsfraktion unsere Ergebnisse überhaupt liest oder doch alles nur ein Akt war, um eine positive Darstellung nach außen zu liefern, und inwiefern wir junge Menschen überhaupt ernst genommen werden“ so Vatan Ukaj, ältester Teilnehmer des Planspiels und Mitglied der AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“.



Die Planspielerinnen und Planspieler 2013 erobern Berlin

Natürlich war Politik nicht das einzige Thema außerhalb des Paul-Löbe-Hauses. Schon in der Auster konnte man sich entspannt austauschen und besser kennen lernen, auch beim Wirtschaftsempfang mit den Abgeordneten erfuhren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer viel übereinander. Dazu kamen spätabendlich bis frühmorgendliche Ausflüge nach Kreuzberg, an den Alexanderplatz oder einfach auf die Dachterrasse des Hotels – egal wo man war, Spaß war garantiert. Und jeden Abend wünschte man sich, dass diese Zeit nie zu Ende gehen würde. Nach einem vollen Sitzungstag entfernten sich die Gespräche dann auch von Politik, und man konnte von sich erzählen, egal ob von Schule, Beruf oder Hobbys. Aus welchem Teil Deutschlands die anderen kamen oder wie groß der Altersunterschied war, all das machte plötzlich gar nichts mehr aus. Und durch den Austausch über Lieblingsmusik, Lieblingsfilme oder Sport fand man schnell eine Gruppe Planspieler, mit der man sich super verstand und mit der man die Zeit verbringen konnte. Während der AG-Sitzungen, da lernte man sich nur oberflächlich kennen, doch in den Abendstunden, nachdem das offizielle Programm beendet war, entstanden neue Freundschaften, da wurden Kontakte geknüpft, die hoffentlich noch lange halten werden.

Nach einer solch intensiven und schönen Zeit stellt sich jedoch die Frage, ob die Freundschaften denn auf lange Sicht hin wirklich gepflegt werden, wie realistisch es ist, in Kontakt zu bleiben wenn alle quer durch Deutschland verstreut sind. Die meisten sind überzeugt, dass es geschafft werden kann, wenn man es ernsthaft versucht. „Ich denke schon, dass die Kontakte noch lange halten werden, weil wir in kurzer Zeit viel Zeit miteinander verbracht haben und man hat richtig gute Freundschaften geschlossen. Außerdem verbindet uns alle die Politik und dadurch ähneln wir uns automatisch alle ein bisschen. Hinzu kommt noch, dass wir uns öfter mal auf politischen Veranstaltungen oder Treffen sehen werden“, meint Nick Schmidt Sarra, einer der drei stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden des Planspiels.



Intensive Diskussionen gab es auch am Rande der offiziellen Sitzungen der Planspiel-Fraktion

Auch Amina Imzouaren aus der AG Integration ist dieser Meinung: „Ja, ich denke wenn wir in Kontakt bleiben wollen, dann schaffen wir das auch. Wir sind ja schon dabei, ein nächstes Treffen zu planen, damit wir alle uns wieder sehen. Denn wir sind alle der Meinung, dass die Zeit in Berlin viel zu kurz war – leider. In diesem Punkt sind sich alle einig, keiner hätte etwas dagegen gehabt, länger in Berlin zu bleiben. Niemand ist gerne nach Hause gefahren und hat die neuen Freunde verlassen, niemand wäre traurig gewesen, wenn das Planspiel länger gedauert hätte. Bereits am Bahnhof flossen fast die Tränen, im Zug dann bei einigen wirklich. Je weiter der Zug fuhr, desto leerer wurde er und desto trauriger wurden diejenigen, die noch darin

saßen und sich an jeder Station von ihren neuen Freunden verabschieden mussten. Das Planspiel Zukunftsdialog 2013 – eine Zeit, in der tiefe Freundschaften entstanden, eine Zeit geprägt von politischen Diskussionen, unglaublichem Spaß und langen Nächten, eine Zeit voller Lachen und Glück. Berlin 2013 war eine Zeit, in der Erfahrungen gesammelt wurden, in der ein Stück weit Geschichte geschrieben wurde und die für alle Teilnehmer einfach unvergesslich war. Noch besteht der Kontakt zwischen vielen, und es sieht auch nicht so aus, als würde er so schnell abbrechen. Verabredungen zum Wiedersehen in kleineren Gruppen wurden schon getroffen, jetzt fehlt nur noch ein Plan für das große Treffen, doch davon werden bestimmt alle noch etwas von den Organisatoren hören.

Rückblick

Erfolg auf ganzer Linie

Rückschau auf das Planspiel „Zukunftsdialog 2013“

Von Jan Tatje



Besuchern des Reichstags muss sich an einem Dienstag, Ende April ein fast schon surreales Bild geboten haben. Mehr als 140 mit Rucksäcken, Trolleys und Taschen aller Art schwer beladene Jugendliche stiegen die Stufen des Reichstages hinunter. Auch wenn Herbert Grönemeyer es öfters beschwört hat: Nein, Kinder haben nicht das Kommando übernommen, sondern das Planspiel der SPD-Bundestagsfraktion ging zu Ende.

Vier Tage zuvor, am Samstagvormittag reisten sämtliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Planspiels aus allen Teilen Deutschlands an. Ziel war es, vier Tage lang gemeinsam den Arbeitsalltag der SPD-Bundestagsfraktion zu simulieren und mit „richtigen“ Politikern und Journalisten ins Gespräch zu kommen. Alle SPD-Bundestagsabgeordneten konnten jeweils eine Jugendliche oder einen

Jugendlichen als Vertreter schicken; diese schlüpfen dann in die Rollen der Abgeordneten der Planspiel-Fraktion. Am Nachmittag eröffnete Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse das Planspiel im Fraktionssaal, und die Planspiel-Fraktion wählte ihren Fraktionsvorstand. Bereits hier war schon deutlich zu erkennen, dass eine vielfältige und Spannung versprechende Truppe zusammengekommen war. Nach einer Stadtrundfahrt – viele waren zum ersten Mal in Berlin – wurde die Hauptstadt in kleineren Gruppen erkundet.

Am Sonntagmorgen ging es sofort weiter. Nach dem gemeinsamen Frühstück fanden sich erstmals die verschiedenen Arbeitsgruppen im Paul-Löbe-Haus zusammen. Jede einzelne AG wählte zuerst ihre oder ihren AG-Sprecher oder AG-Sprecherin bzw. Stellvertreterin oder Stellvertreter. Weiterhin mussten Themenschwerpunkte festgelegt und Anträge ausgearbeitet werden. Mit bis zu 25 Abgeordneten pro Arbeitsgruppe war dies eine Herausforderung, welche jedoch gemeistert wurde. Trotz des immensen Zeitdrucks hatten gegen Abend alle Arbeitsgruppen mindestens einen Antrag fertig erstellt. Zusätzliche Programmpunkte, wie zum Beispiel eine Führung durch den Deutschen Bundestag, waren weitere Highlights des Tages. Doch die „Spitze des Eisberges“ war ohne Zweifel die abendliche „Planspielparty“, das Abendessen in der Schwangeren Auster mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin Petra Ernstberger. Bei großem Buffet mit „Build-it-yourself-Burgerstationen“, Salatbar sowie Desserts blieb kein Wunsch offen, und dank eines engagierten DJs konnte den ganzen Abend lang ausgelassen getanzt, gelacht und diskutiert werden.



Abstimmung während der abschließenden Sitzung der Planspiel-Fraktion

Am nächsten Morgen ging die Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen weiter. Die Aufgabe bestand nun darin, die aus den anderen Gruppen zugeleiteten Anträge zu beraten und gegebenenfalls Änderungen vorzuschlagen. Abwechslungsreicher Höhepunkt des Vormittages war definitiv der gemeinsame Fototermin mit Frank-Walter Steinmeier. In der zweiten nachmittäglichen Arbeitsphase

wurden die Änderungsanträge der beratenden Arbeitsgruppen mit viel Motivation und Leidenschaft diskutiert und beraten. Nach der finalen Ausarbeitung und Beschließung der Anträge tagte abschließend noch der Planspielfraktionsvorstand zusammen mit den Sprecherinnen und Sprechern der einzelnen Arbeitsgruppen.

Die Gestaltung des Abendprogramms war für jeden frei. Einige gingen mit ihren Abgeordneten zum Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion, bei dem auch Prominenz aus Politik und Wirtschaft dabei war. Andere wiederum genossen den warmen Frühjahrsabend an der Spree oder besuchten in kleineren Gruppen Berliner Sehenswürdigkeiten.

Montagmorgen war dann noch einmal besonders spannend. Es ging erneut in die Arbeitsgruppen, jedoch fand diese Sitzung diesmal zusammen in den „echten“ Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion statt. Die jeweiligen Sprecherinnen und Sprecher stellten den ausgearbeiteten Antrag vor, sodass dieser anschließend mit den echten Abgeordneten debattiert werden konnte. Hier wurde die Bedeutung des Planspieltitels „Zukunftsdialog“ deutlich, da Jugendlichen hier die Möglichkeit gegeben wurde, die Abgeordneten direkt mit ihrer Sicht der Dinge zu konfrontieren und mit ihnen im Dialog zu diskutieren.

Das Planspiel an sich wurde von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als voller Erfolg gewertet. Die Begeisterung war riesig (auch bei allen, die vorher noch nichts oder kaum etwas mit Politik zu tun hatten), und viele Freundschaften wurden geschlossen. Mittlerweile wird sogar schon wieder ein Nachtreffen geplant. Das Modell „Jugendliche simulieren Politik“ oder „Politik zum Anfassen“ hat funktioniert.